



**MINISTERIUM FÜR SOZIALES, ARBEIT,
GESUNDHEIT UND DEMOGRAFIE**

**Mainz, 2. Dezember 2015
Nr. 187-4/15
Sperrfrist: 12.30 Uhr**

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Johanna Bock
Pressesprecherin

Telefon 06131 16-2377
Telefax 06131 16-172377
Johanna.Bock@msagd.rlp.de

Katharina Bennewitz
Pressesprecherin

Telefon 06131 16-2324
Telefax 06131 16-172324
Katharina.Bennewitz@msagd.rlp.de

Menschen mit Behinderungen/Landesaktionsplan

Neuer Landesaktionsplan setzt auch bundesweit Maßstäbe

Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland einen fortgeschriebenen Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorgestellt. Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler, die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Verena Bentele, und der Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen, Matthias Rösch, haben den neuen Landesaktionsplan am Vortag des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderungen in Mainz vorgestellt.

Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler sagte: „Rheinland-Pfalz steht nach wie vor für eine innovative Behindertenpolitik. Für die Landesregierung, die Kommunen und Verbände dient der neue Landesaktionsplan in den nächsten fünf Jahren als zentrale Orientierung für die Umsetzung einer inklusiven Gesellschaft. Er stellt in zehn Handlungsfeldern Maßnahmen, gute Beispiele und Ziele vor, von denen alle Menschen in unserem Land profitieren werden. Ich bin mir sicher, dass der neue Landesaktionsplan auch bundesweit Maßstäbe für die Umsetzung von Inklusion setzen wird.“

Die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Verena Bentele, betonte: „Als erstes Bundesland stellt Rheinland-Pfalz die Fortschreibung seines Landesinklusionsplanes vor. Mir gefällt, dass hiermit ein weiterer Schritt auf dem Weg in Richtung inklusive Gesellschaft im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention



PRESSEDIENST

gemacht wird. Es wurden viele Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderung und weitere gesellschaftliche Gruppen herangezogen, um an dem Aktionsplan mitzuarbeiten – das ist ein gelungenes Beispiel für Teilhabe, dem hoffentlich bald alle Bundesländer nachfolgen werden.“

Ministerin Bätzing-Lichtenthäler wies darauf hin, dass Rheinland-Pfalz im Jahr 2010 als erstes Bundesland einen Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention veröffentlicht habe. In den vergangenen zwei Jahren wurde dieser durch eine intensive und fruchtbare Zusammenarbeit aller Fachressorts der Landesregierung gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Selbsthilfe von Menschen mit Behinderungen, Fach- und Wohlfahrtsverbänden, Kommunen und Institutionen der Behindertenhilfe und vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern in einem landesweiten Beteiligungsprozess zum neuen Landesaktionsplan fortgeschrieben. Die gemeinsame Arbeit an dem Maßnahmenplan hat eine tragfähige Basis geschaffen, auf der jetzt die Umsetzung in der Fläche erfolgen kann.

Der Fortschreibungsprozess fand in regionalen Beteiligungsworkshops mit einer Online- und einer Akteursabfrage statt, in denen Menschen mit Behinderungen, Kommunen, Verbände, Gewerkschaften, Unternehmen, Kirchen und weitere gesellschaftliche Kräfte ihre Vorschläge und guten Beispiele für die Fortschreibung des Aktionsplans einbringen konnten.

„Gemeinsam mit dem Landesteilhabebeirat wurden daraus rund 130 Maßnahmen allein für die Landesregierung entwickelt“, betonte der Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen, Matthias Rösch. „Beispiele aus Kommunen und Zivilgesellschaft ergänzen das Bild, mit welchem Engagement wir in Rheinland-Pfalz bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorankommen. Damit konnten wir das Ziel erreichen, den Aktionsplan der Landesregierung zu einem Landesaktionsplan für ganz Rheinland-Pfalz weiter zu entwickeln“, so Rösch abschließend.



PRESSEDIENST

Der Landesaktionsplan orientiert sich an den grundlegenden Lebensbereichen der Menschen und umfasst die zehn Themenfelder Erziehung und Bildung; Arbeit und Beschäftigung; Wohnen; Kultur, Sport und Freizeit; Gesundheit und Pflege; Gleichstellung und Schutz der Grund- und Menschenrechte; Interessenvertretung; Barrierefreiheit und Mobilität; barrierefreie Kommunikation und Informationen sowie Bewusstseinsbildung und (inter-)nationale Vernetzung.

Der neue Aktionsplan sieht beispielweise die Dezentralisierung großer stationärer Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen vor. In moderierten Zukunftskonferenzen werden große Einrichtungen durch den Ausbau kleiner, dezentraler, barrierefreier Wohnformen schrittweise verkleinert. Bis 2020 sollen 60 weitere dezentrale Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Weiterhin sieht der Aktionsplan für die Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen die Stärkung von Angeboten außerhalb der Werkstätten für behinderte Menschen vor. So sollen die Integrationsbetriebe ausgebaut und gestärkt werden. Für die barrierefreie Mobilität werden beispielsweise zum Jahr 2020 die Bahnstrecken Mainz – Ludwigshafen – Mannheim sowie Köln – Bonn – Koblenz komplett barrierefrei umgebaut sein. Im Handlungsfeld Bildung werden die Schwerpunktschulen mit dem Ziel ausgebaut, mindestens 40 Prozent aller Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen eine inklusive Schulbildung zu ermöglichen. Schließlich will der Landesaktionsplan andere Akteure wie Kommunen, Kirchen, Verbände und Institutionen ermutigen, eigene Aktionspläne zu vereinbaren.

Ein Überblick über einige bisher erfolgreich umgesetzte Maßnahmen aus dem 1. Aktionsplan ist dieser Pressemitteilung als Anlage beigelegt.

Der Landesaktionsplan Rheinland-Pfalz ist online einsehbar unter

www.inklusion.rlp.de.



PRESSEDIENST

Daten und Fakten zum Landesaktionsplan 2015 Beispiele für die Entwicklung von 2010 bis 2015

Allgemeine Daten

In Rheinland-Pfalz lebten im **Jahr 2015 (Stichtag 1. September 2015)** insgesamt **445.615 Menschen mit Behinderungen**, darunter 210.558 Frauen (= 47,3 Prozent) und 235.057 Männer (= 52,7 Prozent).

Dies entspricht einem Anteil von **knapp 11 Prozent** an der Gesamtbevölkerung.

Handlungsfeld Erziehung und Bildung

Inklusion in der KITA

Maßnahme aus dem Aktionsplan 2010

Förderung der Umwandlung von Förderkindertagesstätten in integrative Angebote – im Jahr **2005** gab es in Rheinland-Pfalz **28 Förderkindergärten**.

Erhöhung der Einzelintegrationen von Kindern in Regelkindertagesstätten – im Jahr 2011 waren es 876 Einzelintegrationen.

Stand 2015 im Landesaktionsplan

Im Jahr **2015** gibt es bereits **81 integrative Kindertagesstätten** mit mindestens einer integrativen Gruppe und **11 Förderkindergärten mit heilpädagogischen Gruppen**. Ziel ist es, die Förderkindergärten zugunsten der integrativen Kindertagesstätten vollständig abzubauen.

Im Jahr **2014** wurden **1.003 Kinder** im Rahmen der Einzelintegration in Regelkindertagesstätten betreut.



PRESSEDIENST

Inklusion in der Schule

Maßnahme aus dem Aktionsplan 2010

Erhöhung der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen an Schwerpunktschulen (inklusive Unterricht an einer allgemeinen Schule) - im Schuljahr 2011/2012 besuchten **3.303** Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Schwerpunktschule.

Stand 2015 im Landesaktionsplan

Im **Schuljahr 2014/2015** besuchten **4.596 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf** eine Schwerpunktschule, darunter 2.753 Jungen (60 Prozent) und 1.843 Mädchen (40 Prozent). **1.110 Schülerinnen und Schüler**, also etwa ein Viertel der Gruppe, hatte eine **Einwanderungsgeschichte**.

Nur **3,98 Prozent** aller Schülerinnen und Schüler im Alter der Vollzeitschulpflicht in Rheinland-Pfalz im Schuljahr 2014 besuchten damit eine Förderschule.

Ausbau von Schwerpunktschulen

Maßnahme aus dem Aktionsplan 2010

Kontinuierlicher Ausbau der Schwerpunktschulen unter Einbeziehung aller Schularten. Im **Schuljahr 2010/2011** gab es **200 Schwerpunktschulen** in Rheinland-Pfalz.

Stand 2015 im Landesaktionsplan

Im **Schuljahr 2014/2015** gab es **270 Schwerpunktschulen** mit inklusivem Unterricht in Rheinland-Pfalz mit insgesamt 710 Vollzeitlehrerstellen.



PRESSEDIENST

Handlungsfeld Arbeit und Beschäftigung

Integrationsfirmen

Maßnahme aus dem Aktionsplan 2010

Kontinuierliche Förderung von Integrationsfirmen - **über 700** Menschen mit Behinderungen arbeiteten im Jahr **2010** in **rund 70 Integrationsbetrieben**.

Stand 2015 im Landesaktionsplan

Zum 24.06.2015 arbeiteten 858 Menschen mit Behinderungen (545 Männer und 313 Frauen) in Integrationsfirmen in Rheinland-Pfalz. Das rheinland-pfälzische Engagement wird besonders deutlich, wenn man bedenkt, dass im Jahr **2013** pro **einer Million Einwohner 620 Arbeitsplätze in Integrationsfirmen** geschaffen wurden.

Zum Vergleich: Mit dieser Zahl von **620 Arbeitsplätzen** ist Rheinland-Pfalz bundesweit unangefochtener **Spitzenreiter bei den Integrationsämtern**, auf Platz zwei folgt mit **364 Arbeitsplätzen** das Integrationsamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (als Teil von Nordrhein-Westfalen) mit großem Abstand.

Budget für Arbeit (ermöglicht Teilnahme am ersten Arbeitsmarkt)

Maßnahme aus dem Aktionsplan 2010

Budget für Arbeit weiterentwickeln - **126 Budgetnehmerinnen und-nehmer** im Jahr **2010**.

Stand 2015 im Landesaktionsplan

Zum 31.12.2013 gab es 260 **Budgetnehmerinnen und -nehmer** in Rheinland-Pfalz

(Aufgrund des Kommunalen Finanzausgleichs liegen der Landesregierung ab Januar 2014 keine Zahlen mehr vor, da ab Januar 2014 die alleinige Zuständigkeit bei den örtlichen Trägern der Sozialhilfe liegt).



PRESSEDIENST

Menschen mit Behinderungen als Beschäftigte im Landesdienst

Maßnahme aus dem Aktionsplan 2010

Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im Landesdienst – bereits im **Jahr 2008** wurde mit **5,13 Prozent** die **Pflichtquote von fünf Prozent übertroffen**. Im Jahr **2011** lag die Quote bei **5,10 Prozent**.

Stand 2015 im Landesaktionsplan

Die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen im Landesdienst lag im Jahr **2014** bei **5,18 Prozent**.

Handlungsfeld Wohnen

Dezentralisierungsprozesse für ambulantes Wohnen

Maßnahme aus dem Aktionsplan 2010

Entwicklung von Modellen zur verstärkten Förderung ambulanter Hilfen im Vergleich zu stationären Hilfen, Durchführen von Zukunftsprozessen zur Umwandlung von Behinderteneinrichtungen.

Stand 2015 im Landesaktionsplan

Bis 2015 sind **zwölf** neue **dezentrale Wohneinheiten** entstanden, **126** Wohnplätze konnten dezentralisiert werden. Durch bereits projektierte Vorhaben werden es im Jahr 2016 **voraussichtlich 166 Plätze** sein. Die Landesregierung hat hier entsprechende Anreize geschaffen, vor allem durch die Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs mit der Maßgabe, dass sich das Land im Rahmen der Schlüsselzuweisung an den Aufwendungen im ambulanten Bereich mit 50 Prozent der Kosten beteiligt



PRESSEDIENST

Persönliche Budget „Selbst bestimmen - Hilfe nach Maß“

Maßnahme aus dem Aktionsplan 2010

Förderung der Nutzung persönlicher Budgets – im Jahr **2010** gab es **4.726 Budgetnutzerinnen und -nutzer** in Rheinland-Pfalz.

Stand 2015 im Landesaktionsplan

Zum **30.06.2012** nutzen **5.027 Personen** das Persönliche Budget „Selbst bestimmen - Hilfe nach Maß“, im Jahr **2013** stieg die Nutzerzahl bereits auf **rund 6.000** an (seit dem 1. Januar 2014 liegt durch den kommunalen Finanzausgleich die Zuständigkeit für die Persönlichen Budgets ausschließlich bei den örtlichen Sozialhilfeträgern, weshalb aktuellere Zahlen nicht vorliegen).

Handlungsfeld Gesundheit und Pflege

Ambulantisierung der psychiatrischen Behandlung

Maßnahme aus dem Aktionsplan 2010

Kontinuierliche Verbesserung der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen oder psychischen Behinderungen durch die Weiterentwicklung und Ambulantisierung einer gemeindepsychiatrischen Versorgungsstruktur.

Stand 2015 im Landesaktionsplan

Das Angebot „stattkrankenhaus - mehr Lebensqualität für Menschen mit psychischen Erkrankungen“ hat ein mobiles multiprofessionelles Beratungs- und Behandlungsteam (Ärzte, Psychologen, Gesundheits- und Krankenpfleger, Sozialarbeiter, Ergotherapeuten) etabliert. Es gewährleistet eine kontinuierliche Form der individuellen Versorgung zu Hause – rund um die Uhr, ambulant und vor Ort ab der Entlassung aus dem Krankenhaus.



PRESSEDIENST

Handlungsfeld Barrierefreiheit und Mobilität

Maßnahme aus dem Aktionsplan 2010

Aktualisierung der Bestimmungen zum barrierefreien Bauen in der Landesbauordnung im Zuge der anstehenden Gesetzesnovelle.

Stand 2015 im Landesaktionsplan

Im **Juni 2015** verabschiedete der Landtag eine Novellierung der Landesbauordnung (LBauO) mit einem Schwerpunkt auf Barrierefreiheit.

Zentrale Neuerungen:

- Der Katalog baulicher Anlagen, die barrierefrei sein müssen, wurde wesentlich erweitert auf Laden- und Geschäftsräume und auf gewerbliche Büroräume und Räume von Freiberuflern (Architekten, Notare, Rechtsanwälte).
- Neu ist, dass **Barrierefreiheit** auf das **gesamte Gebäude** festgelegt ist, nicht nur auf für den Besucherverkehr dienende Teile, was einen **erheblichen Fortschritt** für die **Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben** bedeutet.
- Die neuen **DIN-Normen** 18040-1 zur Barrierefreiheit von öffentlich zugänglichen Gebäuden und 18040-2 zur Barrierefreiheit von Wohnungen sind aktuell zum **1. Dezember 2015** als **Technische Baubestimmungen** des Landes Rheinland-Pfalz eingeführt worden.



PRESSEDIENST

Handlungsfeld Gleichstellung und Schutz der Grund- und Menschenrechte

Seit 2010 existiert die Zielvereinbarung „Polizei und Menschen mit Behinderungen - Vertrauen, Transparenz und Sicherheit“. Diese wird kontinuierlich fortgeschrieben.

Das Projekt hat zum Ziel, im Rahmen des gemeindeintegrierten Wohnens für Menschen mit Behinderungen, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte für deren Belange zu sensibilisieren beziehungsweise Menschen mit Behinderungen die Angst vor der Polizei zu nehmen.

Dazu gibt es entsprechende Schulungsmaßnahmen in der Aus- und Weiterbildung.

Handlungsfeld Barrierefreie Kommunikation und Information

Vom Aktionsplan der Landesregierung zum Landesaktionsplan

Maßnahme aus dem Aktionsplan 2010

Beteiligung und Einbeziehung der Zivilgesellschaft beim Landesaktionsplan gewährleisten.

Stand 2015 im Landesaktionsplan

Die Partizipation von Menschen mit und ohne Behinderungen wurde im Prozess der Fortschreibung zu einem Landesaktionsplan durch die umfangreiche Ideenphase sowie durch die konsequente Einbindung der Arbeitsgruppe „Aktionsplan plus“ des Landesbeirats zur Teilhabe behinderter Menschen von Beginn der Fortschreibung an umgesetzt.



PRESSEDIENST

Anzahl der kommunalen Behindertenbeauftragten und Behindertenbeiräte

Zeitpunkt	2004	2006	2008	2010	2012	30.04.2015
Behinder- tenbeauf- tragte	15	28	34	49	59	63
Behinder- tenbeiräte	9	17	21	26	32	36

Handlungsfeld Barrierefreie Kommunikation und Information

Die „Leichte Sprache“ ist für viele Menschen mit Lernbehinderungen in vielen Lebensbereichen sehr wichtig – beispielsweise wenn es zu Hause brennt und man schnell reagieren muss. Das Poster „Richtiges Verhalten im Brandfall“, das von der Mission Sicheres Zuhause e.V. Saarburg erstellt wurde, gibt allen Menschen mit Lernbehinderungen im Brandfall die notwendige Hilfestellung, damit sie keinen Schaden erleiden. Auf einen Blick wird verständlich, was zu tun ist.